

Selber groß

■ Von Gerlinde Sommer

Auf den Bund warten? Nein, das will Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht nicht. Und deshalb hat sie jetzt den Freistaat ganz klar zur „frackingfreien Zone“ erklärt. Motto: Selber groß. Wir warten nicht auf den Bund. Wir genehmigen nicht. Versprochen. Und dieses Versprechen hat sie mit ihrer Person in ihrem Amt verbunden. Heißt zum einen: Wenn sie doch umkippen würde, könnte ihr das vorgehalten werden. Bedeutet aber zum anderen auch: Es müssen natürlich klare Regeln möglichst für ganz Deutschland geschaffen werden. Denn das wirtschaftliche Interesse am Fracking ist groß. Und es ist nicht jeder, der ein Geschäft wittert, auch wenn es gegen das Interesse der örtlichen Bevölkerung geht, so gefestigt, dass er Abstand nimmt. Der Weg zum Gericht ist in solchen Fällen kurz. Und

was passieren kann, wenn nicht auf die rechtliche Basis aufgepasst wird, hat noch mancher in bitterer Erinnerung. Stichwort: Bergrecht. Für viele Orte war das gleich nach 1990 ein bitteres Kapitel veränderter Zeiten.

Fracking mag ganz toll sein – in unbewohnten Gegenden, wenn man mal die Natur aus dem Auge lässt. Und auch das sollte man nicht tun. Fracking ist nicht für Landstriche wie Thüringen, wo ein Ort am nächsten liegt. Und Fracking wirft Fragen auf: Erinnern Sie sich noch an Staufeuern im Breisgau, wo die Stadtverwaltung mit Erdwärme heizen wollte. Billig, ökologisch, sicher – so hieß es. Das stimmte dann bloß nicht, riesige Schäden an den Immobilien in der Kernstadt entstanden.

Wer sagt denn, dass bei Fracking ähnliche Gefahren zu erwarten sind, wenn ungeeignete Erdschichten durchstoßen werden?!

TLZ 8.12.12



Klare Absage: Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht empfing gestern in der Staatskanzlei zwei Bürgerinitiativen gegen die umstrittene Gasförderertechnologie Fracking. Im Freistaat werde dieses Verfahren nicht zum Einsatz kommen, sagte sie. Foto: Marcus Scheidel

Kein „Fracking“ im Freistaat

Bürgerinitiativen gegen unkonventionelle Gasförderung finden Gehör

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Christine Lieberknecht lässt keinen Zweifel daran, wie sie zu der umstrittenen unkonventionellen Förderung von Erdgas steht. Egal, wo sie im Land unterwegs sei, betone sie immer wieder: „Es gibt kein Fracking, und es wird kein Fracking geben.“ Deshalb wisse sie auch gar nicht, wo der Dissens liege.

Ein knappes Dutzend besorgte Thüringer von zwei Bürgerinitiativen (BI) hat Lieberknecht in der Staatskanzlei zu Gast. Sie übergeben ihr mehr als 11 000 Unterschriften und sind froh über diese Worte, aber noch

nicht überzeugt. Sie haben Angst um das schöne Land im Allgemeinen und die Gesundheit, das Trinkwasser, den Wert ihrer Häuser im Speziellen. Denn immerhin hat BNK Petroleum die Erlaubnis erhalten, mit seismischen Untersuchungen in bestimmten Arealen den Untergrund zu erkunden. Auch wenn das kanadische Unternehmen inzwischen sagt, auf Fracking verzichten zu wollen.

Das Bundesbergrecht verhindern, dass an solchen Entscheidungen die Öffentlichkeit beteiligt werde, kritisiert Lutz Kromke von der BI Unstrut-Hainich. Lieberknecht stellt klar: In ganz

Thüringen gebe es ein öffentliches Interesse, das durch die Unterschriften noch einmal belegt werde. Und: „Ich will kein ergebnisoffenes Verfahren. Ich will gar kein Verfahren.“

Ob man nicht die seismischen Untersuchungen auch noch stoppen könne?, will der Sprecher der Initiative Fahner Höhe, Hartwick Oswald, wissen.

Das sei rechtlich schwierig, sagt ein zuständiger Referatsleiter aus dem Umweltministerium. Und Lieberknecht fügt hinzu, dass sie nichts dagegen habe, zu erfahren, was Tausende Meter unter der Erde so alles zu finden sei.

Aber wie will sie garantieren, dass „Hydraulic Fracturing“ nicht doch zum Einsatz kommt, bei dem ein Gemisch aus Sand, Wasser und giftigen Chemikalien in das Gestein gepresst wird, um Gas freizusetzen?

„In dem ich den Umweltminister anweise, aufzupassen“, sagt Lieberknecht.

Die Regierungschefin ist sich dabei wohl bewusst, dass es Ärger mit Gerichten gebe könnte. „Aber da habe ich keine Scheu. Man muss den politischen Willen formulieren“, sagt sie. „Und von mir aus können wir auch noch ein großes Schild aufstellen: Frackingfreie Zone.“

L
E
h
f
T
d
h
e
l
t
d
f
d
i
s
(
N
S
d
k
J
d
d
i
n
b
r
g
e
L
d
n
S
V
M
g
n
a
v
d
E
„

TLZ 8.12.12

Thüringen ist frackingfreie Zone

Lieberknecht klar gegen unkonventionelle Erdgasförderung

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat Thüringen zur „frackingfreien Zone“ erklärt und damit der umstrittenen unkonventionellen Förderung von Erdgas eine Absage erteilt. „Solange ich hier Ministerpräsidentin bin, findet Fracking nicht statt“, betonte sie. „Es wird keine Genehmigung geben – definitiv nicht.“

Die Regierungschefin empfing gestern in der Staatskanzlei, zwei Bürgerinitiativen, die sich für ein Fracking-Verbot im Frei-

staat starkmachen, und nahm 11 611 Protestunterschriften entgegen. „Wir werden uns nicht gegen diese vielen Tausend Bürgerinnen und Bürger stellen“, versprach Lieberknecht.

Auch die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD sprachen sich gegen Fracking in Thüringen aus. Zuvor hatten CDU, SPD, Grüne und FDP im Umweltausschuss des Landtages gegen den Linke-Antrag gestimmt, der die Landesregierung aufforderte, sich auf Bundesebene für ein Fracking-Verbot einzusetzen.

Das kanadische Unternehmen BNK will im Kreis Sömmerda im Frühjahr 2013 mögliche Öl- und Gasvorkommen erkunden. Dabei werden Fahrzeuge mit Rüttelplatten und Erdmikrofonen ausgestattet, die Schallwellen in den Untergrund schicken. Fracking soll nicht zum Einsatz kommen.

Bei der Methode wird ein Gemisch aus Sand, Wasser und giftigen Chemikalien in das Gestein gepresst. Beeinträchtigungen des Grundwassers können nicht ausgeschlossen werden.

Kommentar/Landesspiegel